

KOMMENTAR

»DREI GEDANKEN ZUM WOCHENENDE«

Von Heino Wiese

Wo sind die Zukunftslösungen?

Nachdem wir durch die Trump-Wahl erst einmal in Schockstarre geraten sind und die in Stein gemeißelte Bündnispolitik ins Wanken geraten ist, fragt man wieder nach Lösungen für Zukunftsfragen. Darauf konnte auch die Münchner Sicherheitskonferenz keine Antworten geben. Bei den meisten Rednern reduzierte sich die Botschaft auf die Verstärkung der Anstrengungen bei der Aufrüstung: zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes sind der Maßstab für eine sinnvolle Ausstattung der Nato. Sicher ist es misslich, wenn Flugzeuge, Hubschrauber und Panzer kaputtgewartet werden und nicht mehr einsatzfähig sind, deshalb muss man sicher auch über Neubeschaffung reden. Dies allerdings zum Synonym für Verteidigungsbereitschaft zu machen, ist verfehlt.

Leider gab es in München auch keine Signale für eine neue Friedenssicherungs politik, sondern eher ein klares Votum für „Weiter so“. Frau Merkel hat zwar in ihrer Rede mehrfach angesprochen, dass man auch etwas für die Entwicklung der Zivilgesellschaften in Kriegsgebieten und kriegsbedrohten Ländern tun müsse, aber sie hat auch keinen klugen Plan präsentiert, wie man dort tätig werden will und vor allem nicht gesagt, wieviel zusätzliche Milliarden dafür aufgewendet werden müssen. Hier wäre aber gefordert, dass wir ein klares Konzept entwickeln, wie wir in den Herkunftsländern von Flüchtlingen und Terroristen operieren müssen, damit die Menschen nicht mehr versuchen, illegal nach Deutschland zu kommen.

Schulz verheddert sich in der Agenda 2010

Ob sich Martin Schulz einen Gefallen getan mit der Forderung getan hat, wesentliche Punkte der Agenda 2010 zu revidieren? Ich glaube es nicht. Potenzielle Wähler der Mitte wird er dadurch eher wieder abschrecken. Eine Revision der Leiharbeit und der Zeitarbeit ist aufgrund des Missbrauchs in den vergangenen Jahren sicherlich vonnöten, aber das hatten Sigmar Gabriel und Andrea Nahles auch schon angekündigt. Längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld zu fordern ist da schon sehr viel gefährlicher. Hier wird das Prinzip der Agenda 2010 in Frage gestellt. Der mutigen Entscheidung des früheren Bundeskanzlers Schröder haben wir einen einzigartigen Aufstieg Deutschlands in den letzten 10 Jahren zu verdanken: Vom kranken Mann Europas zur vorbildlichen Wirtschaftsnation.

Was wäre, wenn aufgrund der Industrie 4.0 und den Umorientierungen in der Autoindustrie auf einmal in den nächsten zwei Jahren wieder Hunderttausende arbeitslos werden würden? Schröder hat an die Zukunft gedacht, Schulz führt jetzt Debatten der Vergangenheit.

Mehr Konzepte für die Infrastruktur notwendig!

Was hat Alexander Dobrindt in den letzten drei Jahren gemacht, außer verzweifelt die idiotische PKW-Maut durchzusetzen? Es gibt weder Antworten auf die Schadstoffbelastung der Großstädte, noch auf das ständig wachsende Verkehrsaufkommen auf unseren Straßen. Immer mehr Fernbusse und LKWs verstopfen die Autobahnen und die Autohersteller schummeln weiter bezüglich Ihrer Schadstoffbelastungswerte. Auch für die Deutsche Bahn gibt es nach wie vor kein Konzept. Weder für den Ausbau der Netze, noch neuer Angebote im Güterverkehr wurden Vorschläge oder gar Lösungen entwickelt. Die Frage einer sinnvollen Bahnverbindung nach China wurde auch nicht weiter vorangetrieben.

Stattdessen vertreibt der Minister den rührigen Bahnchef Grube, um seinen Kumpel Pofalla auf dessen Posten zu hieven. Übrigens ist Dobrindt auch IT-Minister - davon hat nur kaum einer etwas gemerkt. Bei der Ausstattung mit Breitbandnetzen liegt das Wirtschaftsland Nummer 1 immer noch weit hinter der Weltspitze - Südkorea - und selbst Entwicklungsländer liegen im Ranking vor Deutschland. Und was tut Dobrindt gegen Cyber-Attacken im Netz? Ein freundliches Schulterzucken ist die Antwort.

IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Gerschlow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. BüroserviceSchneiderei.K., Reinhardtstr.27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



MANAGERBONI: MORALISCHE GRENZE ÜBERSCHRITTEN



Foto: DBT/ Inga Haar

Von Kerstin Andreae, stellv. Vorsitzende der Bundestagsfraktion Die Grünen; Quelle: BT-Fraktion Die Grünen

Wenn die Bundesregierung tatsächlich ein Gesetz zur Regulierung von Managergehältern auf den Weg bringt, ist das ein richtiger und längst überfälliger Schritt.

Wenn das allerdings nur ein Wahlkampfmanöver ist, wäre das jämmerlich. Union und SPD hätten längst Kriterien festlegen können. Dann wären uns die letzten Skandale um Winterkorn und andere Spitzen-Manager erspart geblieben.

ben. Wenn ein Manager das Hundertfache eines Durchschnittsverdienstes seiner Mitarbeiter erhält, ist jede moralische Grenze überschritten.

Überzogene Gehälter, Boni und Abfindungen kann das Unternehmen von der Steuer abziehen. Der Staat und damit seine Bürgerinnen und Bürger finanzieren diese Ungerechtigkeit auch noch mit. Unser Grüner Antrag sieht vor, den Betriebsausgabenabzug von Gehältern und Boni auf 500.000 Euro pro Jahr und Kopf zu deckeln, eine Grenze von einer Million Euro für Abfindungen sowie eine Bonus-Malus-Regelung, damit Manager nicht nur am Gewinn, sondern auch am Verlust des Unternehmens beteiligt sind.

Ich kenne keinen mittelständischen Unternehmer, der seine Firma so verantwortungslos führt, wie wir es zuletzt bei einigen Managern von Großkonzernen erleben mussten. Wir brauchen endlich Regeln für mehr Transparenz und Fairness in den Unternehmen, das hat nichts mit Neiddebatten zu tun.

TRUMP: WENIGER TRANSGENDER-RECHTE UND NEUES EINREISEVERBOT

Donald Trump hat die Regelung zum Schutz der Transgender-Jugendlichen gekippt, die unter der Präsidentschaft von Barak Obama eingeführt wurde: es war Schülern, die noch keine operative Geschlechts umwandlung durchlaufen haben, aber sich ihrem biologischen Geschlecht nicht zugehörig fühlten, gestattet, Umkleidekabinen oder Toiletten jenes Geschlechts zu nutzen, mit welchem sie sich identifizierten. Ferner sollten sie selbst entscheiden dürfen, mit welchem Pronomen sie angesprochen werden wollen. Diese Richtlinien waren bisher nicht verpflichtend, jedoch drohte man Schulen mit dem Entzug der staatlichen Förderung, sofern sie sich nicht daran hielten.

Für diese Woche hat sich die US-Regierung ebenfalls erneut zu der Imigrationspolitik geäußert. Nachdem der sogenannte „Muslim Ban“ – dem Einreiseverbot für Menschen aus sieben muslimischen Ländern – gerichtlich gekippt wurde, wurde das neue Dekret zum Einreisestopp, welches gerichtlich schwieriger anzufechten sein sollte, auf kommende Woche verschoben. Gleichzeitig äußerte sich Heimatschutzminister John Kelly zu einem anderen populären Migrationsthema: der Einwanderung aus Mexiko. Er betonte, man habe nicht vor Massenabschiebungen ad hoc umzusetzen, es ginge der Regierung primär darum, die Kontrolle über die Grenze zurückzugewinnen.

NRW-BESUCH VON ERDOGAN SOLL VERHINDERT WERDEN

Die Generalkonsulate der Türkei sollen auf diversen Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen im Januar dazu aufgerufen haben, Kritik an der Regierung in Schulen zu dokumentieren und an die türkischen Behörden weiterzugeben. Man habe auch dazu angehalten, Lehrer in Schulen zu filmen, die sich gegen Erdogan äußern. Dies berichtete die Funke-

Mediengruppe und beruft sich dabei auch auf die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. NRW-Innenminister Ralf Jäger zeigte sich alarmiert. Er ruft den Bund dazu auf, Schritte gegen den geplanten Besuch Erdogans im März einzuleiten, um diesen zu verhindern. Erdogan wollte für die Verfassungsreform in NRW werben.

PSA-CHEF OPTIMISTISCH BEI OPEL-ÜBERNAHME

„Opel braucht Hilfe“ gibt der Chef des Konzerns PSA, Carlos Tavares, zu. Er sieht bei dem deutschen Autobauern jedoch Potenzial, mehr Effizienz zu entwickeln und dadurch das Segment auf dem Markt zu bedienen, von dem Opel durch seinen Ruf zehren kann.

Erst vergangene Woche hatte Tavares mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zur möglichen Übernahme telefoniert und zugesichert, dass Vereinbarungen zu Tarifverträgen eingehalten werden und betriebsbedingte Kündigungen bis zum Ende des Jahres nicht stattfinden werden. Ferner sollen eine Garantie

für die Opel-Standorte in Rüsselsheim, Kaiserslautern, Eisenach und Bochum bis 2020 gelten. Von der Politik gab es sowohl aus Frankreich, als auch aus Deutschland Rücken- deckung für die Übernahmepläne. Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries betonte, dass vor allem der Erhalt der Arbeitsplätze der 7000 Ingenieure wichtig sei, ihr Amtskollege Michel Sapin versicherte hingegen, dass es auch im Interesse von PSA sei, Opel als starke Marke zu halten. Mit der Übernahme wäre PSA unter den europäischen Autobauern auf dem zweiten Platz hinter Volkswagen.

WEIN FÜR ALLE! ALDI ERÖFFNET ERSTEN WEINMARKT

Aldi Süd eröffnet im März einen Pop-Up-Store in Düsseldorf. Das besondere an der Aktion ist, dass es sich um einen Weinladen handelt – „Meine Weinwelt“ soll das Geschäft heißen und hochwertige Produkte von bekannten Winzern zu Discount-Preisen anbieten. Aldi Nord und Aldi Süd – oft unterschätzt – haben sich mittlerweile an die Marktspitze unter den Weinhänd-

lern gekämpft. Jede vierte Weinflasche wird in einer Filiale der Supermarktkette verkauft, weswegen Aldi weiterhin versucht, auf sein Weinangebot aufmerksam zu machen. Der Pop-Up-Store wird allerdings dem Konzept entsprechend nur für kurze Zeit in der Düsseldorfer Innenstadt zu finden sein und lediglich parallel zur Weinmesse „ProWein“ die Pforten öffnen.

STAATSHAUSHALT: MEHR ÜBERSCHUSS ALS GEDACHT

Deutschland erzielte 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,9% - so viel wie seit der Wende nicht mehr. Damit gingen 23,7 Milliarden Euro Überschuss einher. Besonders die Konsumfreude der Deutschen trug dazu bei, dass große Posten wie die Unterbringung von Flüchtlingen und die Finanzierung einer Vielzahl von Bauprojekten gut gestemmt werden konnten. Den höchsten Überschuss erzielten die Sozialversicherung (8,2 Milliarden Euro), aber auch der Bund (7,7 Milliarden Euro) und die Kommunen nahmen mehr ein als sie ausgaben.

Obwohl 2016 auch im Export ein Rekordjahr war, steigt die Importbilanz gegenwärtig schneller - dies brems- te das Wirtschaftswachstum. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hatte sich erst kürzlich zum Haushaltsüberschuss geäußert: er plädiert für einen sorgsamen Umgang mit dem Plus. Die Staatsschulden müssten nachhaltig abgebaut werden, staatliche Investitionen müssten vorsichtig bedacht sein. Gleichzeitig gibt es Forderungen den Überschuss sozial zu investieren und unter anderem Schulen zu modernisieren.

PERSONALIEN

BÖHM LEITET MICROSOFT-HAUPTSTADTREPRÄSENTANZ

Tanja Böhm (42) ist seit dem 15. Februar Leiterin der Hauptstadtrepräsentanz von Microsoft Deutschland. In dieser Position ist sie für die politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten des Unternehmens verantwortlich. Böhm folgt auf Henrik Tesch und berichtet an Dirk Bornemann, Mitglied der Geschäftsleitung von Microsoft Deutschland.

REGLING BLEIBT VORSITZENDER DES ESM

Klaus Regling (66) ist am 20. Februar im Rahmen einer Sitzung der Euro-Gruppe von den Euro-Finanzministern erneut zum Vorsitzenden des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) gewählt worden. Es ist seine zweite fünfjährige Amtszeit. Seine erste Amtszeit begann mit der Gründung des ESM im Jahr 2012.

REEKERS UND AXTHELM SIND GESCHÄFTSFÜHRER DES BWE

Carlo Reekers (52, Foto links) und Wolfram Axthelm (49) sind am 13. Februar zu Geschäftsführern des Bundesverbands Windenergie (BWE) berufen worden. Sie folgen auf Hennig Dettmer, der den Verband im November 2016 verlassen hat. Reekers ist für die Bereiche Personal, Finanzen, Fachgremien und Mitglieder zuständig. Axthelm verantwortet die Bereiche Kommunikation, Politik, Europa und Strategie.

28.2. BOTSCHAFTEN LUXEMBURG, NIEDERLANDE UND BELGIEN ZUR BENELUX

Diskussionsveranstaltung der Botschaften des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande und Belgien zum Thema „Benelux. Porträt einer Region“, u.a. mit der Autorin Ute Schüring und dem Leiter des Referats Information und Kommunikation des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung Dr. Paul Stoop Luxemburgische Botschaft, Klingelhöferstraße 7, 10785 Berlin (Anmeldung erforderlich)

WORTE DER WOCHE

»Die Nato ist nach wie vor eine Institution des Kalten Krieges, sowohl im Denken als auch im Herzen.«

Der russische Außenminister Sergej Lawrow.

»Ich bin ein Gegner von Sanktionen gegen Russland. Ich bin dafür, dass wir im Dialog bleiben müssen, dass wir unsere wechselseitigen Befürchtungen erstmal erkennen müssen und dann auch austauschen müssen, und ich bin sicher, dass das Reden miteinander und das Handeln miteinander besser für die Völker ist als mit Säbeln zu rasseln.«

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, Wolfgang Kubicki.

»Wenn die US-Regierung darauf besteht, Nicht-Mexikaner nach Mexiko abzuschieben, haben wir keine Veranlassung, sie aufzunehmen.«

Der mexikanische Außenminister Luis Videgaray widerspricht der Richtlinie des US-Heimatschutzministeriums nach welcher auch Mittel- und Südamerikaner nach Mexiko abgeschoben werden sollen, auch wenn diese nicht nachweislich mexikanische Staatsbürger sind, aber über den Landweg einreisen.

»Wichtig ist schon, dass Opel Opel bleibt.«

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries möchte, dass Opel eine eigenständige Marke bleibt.

»Es gibt Millionen Menschen in Afghanistan, die normal leben.«

Kanzleramtsminister Peter Altmeier über die Kritik an den Abschiebungen nach Afghanistan trotz der sicherheitspolitisch kritischen Lage.

»Korrekturen sind schon seit Langem notwendig.«

DGB-Chef Reiner Hoffmann begrüßt den Vorstoß von Kanzlerkandidat Martin Schulz, Maßnahmen der Agenda 2010 zu korrigieren.

»US-Präsident Trump lenkt uns von den Problemen ab, die wir in Europa lösen müssen. [...] Europa hat in der Substanz ernstere Probleme als die USA.«

Friedrich Merz, Vorsitzender der „Atlantik-Brücke“.

»Athen braucht keinen Haircut.«

IWF-Chefin Christine Lagarde sieht keinen Bedarf für einen Schuldenschnitt in Griechenland.

TERMINE

1.3. BERLINER WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE ZU ENERGIESPEICHERN

Diskussionsveranstaltung der Berliner Wirtschaftsgespräche zum Thema „Aufwind für Batteriespeicher - Neue Chancen für innovative Geschäftsmodelle durch das EEG 2017“, u.a. mit dem Bundesgeschäftsführer des Bundesverbandes Energiespeicher Urban Windelen von Bredow Valentin Herz Partnerschaft von Rechtsanwälten, Littenstraße 105, 10179 Berlin (kostenpflichtig)

2.3. 14. ZIVILGESELLSCHAFTLICHES AUSSENWIRTSCHAFTS-FORUM DES FORUMS

Entwicklung und Umwelt Gesprächsveranstaltung des Forum Entwicklung und Umwelt zum Thema „Gesundheit unter Freihandels-Vorbehalt?“, u.a. mit der Mitarbeiterin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Anja Kopyra, dem Vorstandreferenten bei ver.di Martin Beckmann und der Gesundheitsreferentin bei medico international Anne Jung Langenbeck-Virchow-Haus, Luisenstr. 58/59, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

6.3. BMG ZUM NATIONALEN AKTIONSPLAN FÜR MENSCHEN MIT SELTENEN ERKRANKUNGEN

Symposium des Bundesgesundheitsministeriums zum Thema „Nationaler Aktionsplan für Menschen mit Seltenern Erkrankungen“, unter anderem mit Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe und Christoph Nachtigäller von der Allianz Chronischer Seltener Erkrankungen e.V. Hotel Aquino, Hannoversche Straße 5b, 10115 Berlin (Anmeldung erforderlich)